

# freiheit

GEGRÜNDET

1896

Ausgabe 02-03/18

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: shutterstock

## ÖAAB-Erfolg: upgrade.lehre

04 | KAROLINE EDTSTADLER  
IM FREIHEIT-INTERVIEW

Foto: ÖVP/Jakob Glaser





energie  
BURGENLAND

## Ich bin Energie-Gewinner.

Ich fahr mit sauberem Strom –  
und jetzt hat's auch der Papa kapiert.



E-Mobil  
mit 100 %  
Ökostrom.

Was haben Kinder und E-Mobilität gemeinsam? Beiden gehört die Zukunft. Energie Burgenland investiert als Vorreiter im Bereich Ökostrom auch konsequent in den Ausbau des E-Tankstellennetzes – und entwickelt schon heute innovative Mobilitätsangebote für die nächste Generation. [www.energieburgenland.at](http://www.energieburgenland.at)

Die GEDESAG baut für Sie  
Gefördert & Provisionsfrei

MEIN HEIM  
GEDESAG



Wenn ich einmal groß  
bin, möchte ich  
modern wohnen!

## Ihr Wohntraum liegt ganz in der Nähe

Erfüllen Sie sich Ihren Wunsch vom Eigenheim in einem unserer Reihenhäuser oder Wohnungen.

Wie auch immer Ihr zu Hause aussehen soll, wir beraten Sie gerne und helfen Ihnen bei der Suche nach Ihrem neuen Heim.

Gemeinsam finden wir das richtige Objekt, damit Ihrer Zukunft in den eigenen vier Wänden nichts



[www.gedesag.at](http://www.gedesag.at)

Besichtigung & Beratung: 02732/ 833 93  
3500 Krems/Donau, Bahnzeile 1

## EDITORIAL

### *Liebe Leserin, lieber Leser der **freiheit!***

*Tu, felix Austria ... kommt mir in den Sinn, wenn ich die vergangenen Wochen Revue passieren lasse. Nichts war in den Medien und an den Stammtischen so heiß diskutiert, wie das Thema „Rauchen in der Gastronomie“. Die Diskussion hat durchaus ihre Berechtigung. Doch fassen wir noch einmal zusammen: Es ist keineswegs so, dass Österreich ab 1. Mai 2018 diesen Jahres auf den Schutz der Nichtraucher gänzlich verzichtet.*

*Ganz im Gegenteil: Die bestehende Regelung, also das grundsätzliche Rauchverbot in der Gastronomie, bleibt bis auf Weiteres aufrecht und wird nicht abgeschafft! Auch in Arbeitsstätten, in öffentlichen Gebäuden, in Räumen für Unterrichts-, Fortbildungs- oder Verhandlungszwecke, in Schulen, Jugendeinrichtungen, Hotels, in entgeltlichen Verkehrsmitteln usw. ist es weiterhin verboten zu rauchen!*

*Der Nichtraucherschutz ist somit weiterhin gewährleistet. Und wird am Ende des Tages sogar ausgebaut: Mit einem Initiativantrag bringt die Bundesregierung in den Nationalrat, neben der Verlängerung der „Gastronomieregelung“, Verbesserungen ein. Ein Verkaufsverbot von Tabakwaren an Personen unter 18 Jahren und ein Rauchverbot im Auto, wenn Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren im Wagen sind, wird dafür Sorge tragen, dass Jugendliche verstärkt geschützt werden.*

*Herzliche Grüße,  
Ihre*

*Nikola König-Weixelbraun  
**freiheit!**-Chefredakteurin*



Foto: ÖVP/Sabine Klimpt

christoph.zarits@oeaab.com  
www.facebook.com/christoph.zarits

Niederösterreich, Tirol und Kärnten haben gewählt und den Aufwärtstrend der neuen Volkspartei bestätigt. Nach der erfolgreichen Nationalratswahl im Herbst 2017 ist der frische Wind auch in den Bundesländern deutlich spürbar. Unsere Bewegung rund um Sebastian Kurz kann mit dem neuen Kurs, der deutliche Verbesserungen für die arbeitenden Menschen bringt, klar überzeugen. Und das danken uns auch die Wählerinnen und Wähler.

## ANLASS ZUR FREUDE

EIN GASTKOMMENTAR VON GENERALSEKRETÄR CHRISTOPH ZARITS

Die Wahlergebnisse haben unsere Landeshauptleute in beachtlichem Ausmaß gestärkt – Johanna Mikl-Leitner in Niederösterreich und Günther Platter in Tirol wurden mit großer Zustimmung bestätigt und konnten ein deutliches Plus für die ÖVP einfahren. Auch in Kärnten konnten wir mit dem Team der Volkspartei Kärnten rund um unseren Spitzenkandidaten Christian Benger zulegen. Der Rückenwind ist da und wird auch bei der Landtagswahl in Salzburg zu spüren sein.

Das zeigen auch die aktuellen Umfragen auf Bundesebene. Die Umfragen zeigen besonders, dass die Persönlichkeit unseres Kanzlers die Österreicherinnen und Österreicher überzeugt. Kein anderer Politiker erhält im Moment derartigen Zuspruch aus der Bevölkerung.

Diese Analyse gibt Anlass zur Freude. Die Menschen trauen dieser Regierung wieder etwas zu und sehen, welche Erfolge bereits erzielt wurden. Und diese sind beachtlich! Nicht einmal 100 Tage im Amt und schon hat Sebastian Kurz mit seinem Team zahlreiche Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf den Weg gebracht: Der Familienbonus Plus, die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags, die Modernisierung der Lehre, die massive personelle Aufstockung der Polizei, die Einführung der Deutschklassen und vieles mehr sind bereits in Umsetzung.

Mit Tempo und dem klaren Ziel, Österreich wieder an die Spitze zu führen, müssen wir diesen Rückenwind weiter ausnützen. Um für die Österreicherinnen und Österreicher zu arbeiten und das Beste für die Menschen zu erreichen.

## Impressum

**Herausgeber:** Wiener Pressverein **Medieninhaber:** Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Mag. Herbert Kullnig, Rudolf Habeler, Nicole Karlick) **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax **Anzeigenverwaltung:** Nicole Karlick, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-351 **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz **Herstellung:** NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten; Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

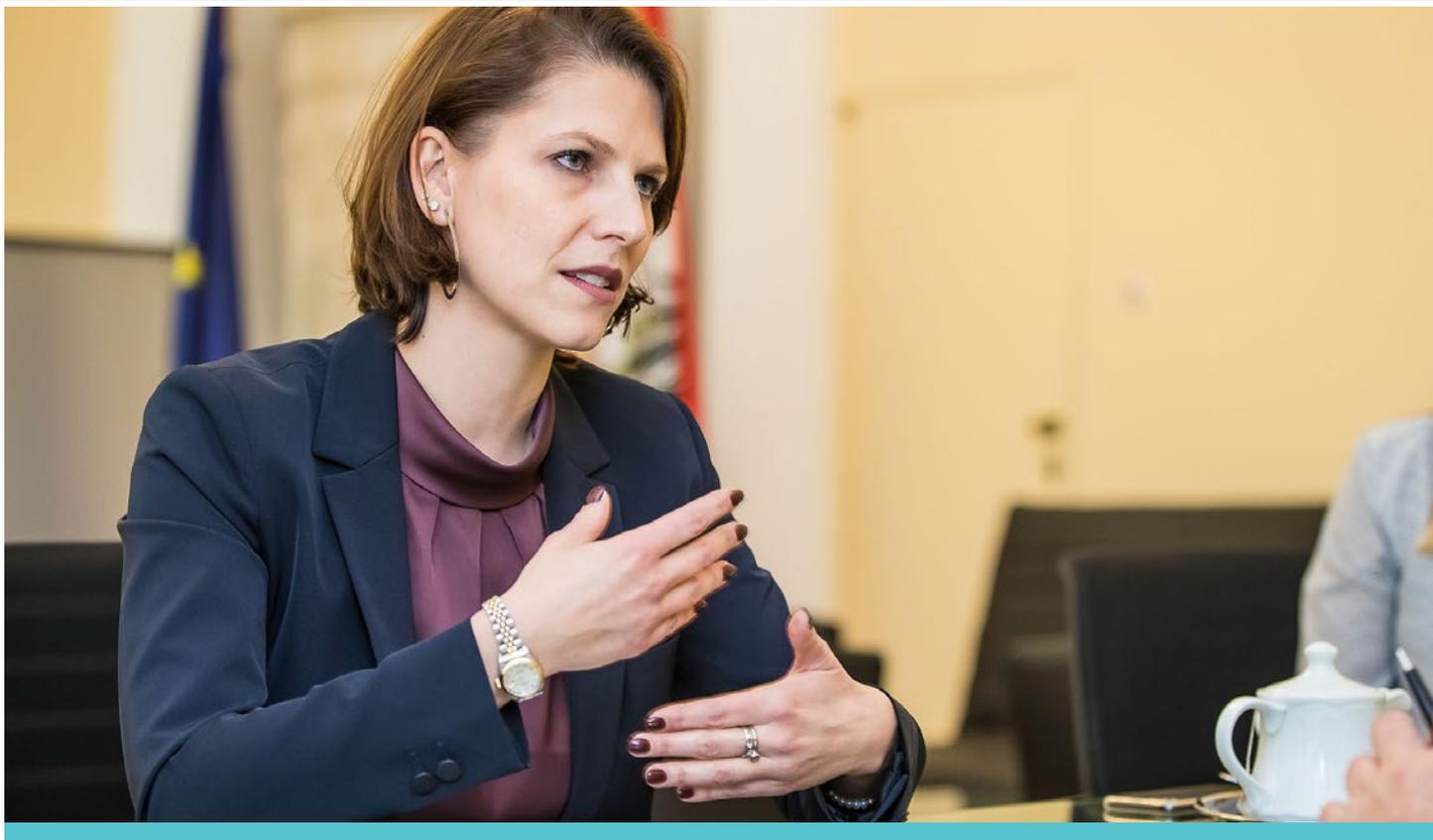


Foto: OAB/Daniel Auer

Die Staatssekretärin im Innenministerium Karoline Edtstadler im *freiheit*-Interview:

## Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen und Kinder

Seit Dezember des Vorjahres ist die Juristin Karoline Edtstadler Staatssekretärin im Innenministerium. Im *freiheit*-Interview sprach sie über ihre Pläne und Vorhaben für Österreich und warum ihre Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit als Richterin für ihre Arbeit nützlich sind.

***freiheit:* Vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in das Staatssekretariat im Bundesministerium für Inneres – ein ungewöhnlicher Schritt?**

**Karoline Edtstadler:** Die Politik hat mich immer interessiert, aber es war eigentlich nicht mein Ziel, Berufspolitikerin zu werden. Ich habe gleich nach dem Studium mit der Ausbildung zur Richterin begonnen und wurde mit 27 Jahren als Richterin am Landesgericht Salzburg ernannt. Nachdem ich drei Jahre eine Strafabteilung geleitet habe, bin ich im Oktober 2011 ins Justizministerium und Anfang 2014 ins Kabinett von Justizminister Brandstetter gewechselt. Zuletzt war ich in Salzburg am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte tätig, als ich die Einladung von Bundeskanzler Sebastian

Kurz bekam, in seinem Team mitzuarbeiten. Ich sehe es als sehr großen Vorteil, diese beruflichen Erfahrungen in meiner jetzigen politischen Tätigkeit nutzen zu können.

***freiheit:* Sie sind für die Task Force Strafrecht zuständig. Warum ist eine Strafrechtsreform notwendig?**

**Edtstadler:** Ich bin von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache mit der Bildung der Task Force beauftragt worden, um ein im Regierungsprogramm verankertes Versprechen einzulösen: härtere Strafen für Sexual- und Gewaltverbrecher. Als ehemalige Strafrichterin stehe ich für null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen und Kinder. Hier braucht es die volle Härte des Rechtsstaats und

auch strenge Strafen. Es geht um die Verhältnismäßigkeit zwischen den Strafdrohungen für Vermögensdelikte einerseits und Delikte gegen Leib und Leben sowie die sexuelle Integrität andererseits. Deshalb wollen wir evaluieren und hinschauen, wo es einer weiteren Verschärfung und Ergänzung der gesetzlichen Regelungen bedarf. Wir müssen für die Strafverfolgungsbehörden die bestmöglichen Rahmenbedingungen schaffen, gleichzeitig aber auch einen Schwerpunkt beim Opferchutz und einer aktiven Täterarbeit legen.

***freiheit:* Was sind die nächsten Schritte?**

**Edtstadler:** Unter Einbindung von Expertinnen und Experten aus der Praxis werden in zwei Arbeitsgruppen

Empfehlungen für eine weitere Verbesserung sowie die Schaffung von Synergien in den Bereichen Strafrecht, Opferschutz und aktive Täterarbeit erarbeitet. Diese Empfehlungen sollen bis zum Sommer 2019 vorliegen.

### **freiheit:** Welche Herausforderungen kommen in Ihren anderen Arbeitsbereichen auf Sie zu?

**Edtstadler:** Im Zivildienst sind wir beispielsweise mit geburtenschwächeren Jahrgängen konfrontiert und müssen uns daher überlegen, wie wir diesen attraktiver gestalten können.

Eines meiner großen Ziele ist, dass man jungen Menschen ermöglichen soll, bereits begonnene Ausbildungen, etwa eine Lehre oder die Matura in der Abendschule, in der Zivildienstzeit abzuschließen. Da bedarf es gesetzlicher Änderungen, damit die jungen Menschen auch wirklich ein Recht darauf haben. Weiters sollen im Rahmen des Zivildienstes erworbene Fähigkeiten zertifiziert werden.

### **freiheit:** Sie sind auch für die Gedenkstätte Mauthausen zuständig. Was planen Sie im Gedenkjahr 2018?

**Edtstadler:** Im Regierungsprogramm ist ein klares Bekenntnis Österreichs zu seiner historischen Verantwortung festgehalten. Neben der Republikgründung am 12. November 1918 stehen auch der „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland am 12. März 1938 oder die Novemberpogrome im Mittelpunkt des Gedenkens. Ich möchte das



Foto: ÖAAB/Daniel Auer

Gedenkjahr vor allem nutzen, um Kinder und Jugendliche für diese Themen zu interessieren und zu sensibilisieren. Geschichte wird etwa greifbarer, wenn sie von jemandem erzählt wird, der sie persönlich erlebt hat. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass es nicht mehr lange möglich sein wird, mit Zeitzeugen zu sprechen. Ich selbst habe schon eine Reihe von Gesprächen geführt und möchte jetzt auch den Kontakt von Zeitzeugen mit Schülern forcieren.

### **freiheit:** Soll es für alle Schülerinnen und Schüler in Österreich verpflichtend sein, die KZ-Gedenkstätte Mauthausen zu besuchen?

**Edtstadler:** Ich halte in diesem Zusammenhang wenig von Verpflichtungen. Es ist aber mein erklärtes mittelfristiges Ziel, jeder Schülerin und jedem Schüler einmal im schulischen Leben einen Besuch der Gedenkstätte Mauthausen zu ermöglichen.

### **freiheit:** Was plant die Bundesregierung im Bereich Sicherheit?

**Edtstadler:** Mehr Sicherheit für die Menschen in unserem Land ist ein wesentlicher Punkt im Regierungsprogramm. Daher hat die Bundesregierung 2.100 zusätzliche Polizisten auf der Straße und weitere 2.000 Ausbildungsplätze beschlossen. Damit die Beamtinnen und Beamten ihre Aufgaben aber auch bestmöglich erfüllen können, müssen die Rahmenbedingungen für eine effektive Strafverfolgung gegeben sein. Mit dem Sicherheitspaket reagieren wir auf den rasanten technologischen Fortschritt und stellen so die Handlungsfähigkeit der Polizei sicher. Damit meine ich etwa die verbesserten Überwachungsmöglichkeiten, wenn Straftäter im Internet kommunizieren. Oder die Registrierung von Prepaid-Karten, damit Mobiltelefone nicht mehr anonym genutzt werden können.

## FREIHEIT | ZUR PERSON

Karoline Edtstadler ist 37 Jahre alt, Mutter eines Sohnes und lebt in Salzburg. Nach der Schule absolvierte sie das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg, anschließend folgte das Gerichtspraktikum. 2006 wurde sie Richteramtswärterin im Sprengel des Oberlandesgerichts Linz und 2008 Richterin am Landesgericht Salzburg. 2011 wechselte sie ins Justizministerium und 2014 als persön-

liche Referentin ins Kabinett von Justizminister Wolfgang Brandstetter. 2015 wurde sie zur Oberstaatsanwältin bei der Wiener Korruptionsstaatsanwaltschaft ernannt. Ab Mai 2016 war sie juristische Mitarbeiterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg. Seit dem 18. Dezember 2017 ist sie Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres.



# ÖAAB-Erfolg: upgrade.lehre

**Mit dem Beschluss, die Lehre attraktiver zu machen und aufzuwerten, wird eine langjährige Forderung des ÖAAB umgesetzt. Die Lehrlingsoffensive schafft 13 neue Berufsbilder für Lehrlinge. Der Ausbildungsbetrieb startet mit Herbst 2018. Die Lehre wird auch attraktiver, indem der Meister dem Bachelor gleichgesetzt wird.**

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort startet im Frühjahr mit einer Lehrlingsoffensive durch – mit dem Ziel, die Chancen der Digitalisierung mit dem bewährten Konzept der dualen Ausbildung zu vereinen. Die Ausbildung von Fachkräften, den neuen Herausforderungen zu begegnen und Österreich zu einer leading digital nation zu machen, stehen dabei im Mittelpunkt. In einem ersten Schritt werden 13 neue Berufsbilder für rund 2.000 Lehrlinge geschaffen.

Für sieben neue und sechs bestehende Lehrberufe wird der Fokus auf den technologischen Wandel gelegt. So werden neue Berufsbilder geschaffen, die den Stand der Technik und moderne Arbeitsmethoden abbilden. Diese neuen Berufsbilder betreffen die Lehrberufe „Bautechnische Assistenz“, „Chemieverfahrenstechnik“, „E-Commerce-Kaufmann/Kauffrau“, „Glasverfahrenstechnik“, „Maskenbildner/in“, „Medienfachmann/Medienfachfrau“ mit den vier Schwerpunkten „Webdevelopment und audiovisuelle Medien“, „Grafik, Print, Publishing und audiovisuelle Medien“, „Online-Marketing“ und „Agenturdienstleistungen“, „Polsterer/Polsterin“, „Rauchfangkehrer/in“, „Steinmetz/in“ und „Steinmetztechnik“ sowie „Zahntechnik“ und „Zahntechnische Fachassistenz“.

## ÖAAB-ERFOLG

Diese Reform ist ein erster Erfolg eines Herzensanliegens des ÖAAB. „Kinder sind uns wichtig – niemand sagt das so klar wie wir von der Volkspartei und vom ÖAAB. Und weil uns Kinder und junge Menschen wichtig



Foto:

sind, unternehmen wir alles, um sie sowohl zu fördern als auch zu fordern. Und das machen wir in der Schule, bei der Berufsausbildung und beim Studium. Das müssen wir aber auch bei der Lehre in Angriff nehmen! Mit dem Beschluss, dass die Lehre attraktiver und aufgewertet wird, ist somit eine langjährige Forderung des ÖAAB umgesetzt“, freut sich ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger.

„Die Lehre muss endlich als das gesehen werden, was sie ist: Eine wertvolle und wichtige Alternative zur höheren Schule. Modernisieren und für das digitale Zeitalter fit zu machen, ist für die Zukunft des Lehrberufes in Österreich wesentlich. Die digitalen Veränderungen am Arbeitsmarkt müssen sich auch in der Lehrausbildung widerspiegeln. Mit dem beschlossenen Maßnahmenkatalog wird der richtige Weg eingeschlagen. Wir müssen das Image der Lehre verbessern und sie als Top-Qualifikation positionie-

ren“, ist auch ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits überzeugt.

„Auch dem Fachkräftemangel wird mit der Lehrlingsoffensive entgegengewirkt. Die Gleichsetzung des Meisters mit dem Bachelor wird das Ansehen der Fachkräfte weiter steigern und den Anreiz, eine Lehre zu absolvieren, erhöhen. Damit wird auch eine bessere Durchlässigkeit des Bildungssystems geschaffen“, betont Wöginger im Gespräch mit der *freiheit*.

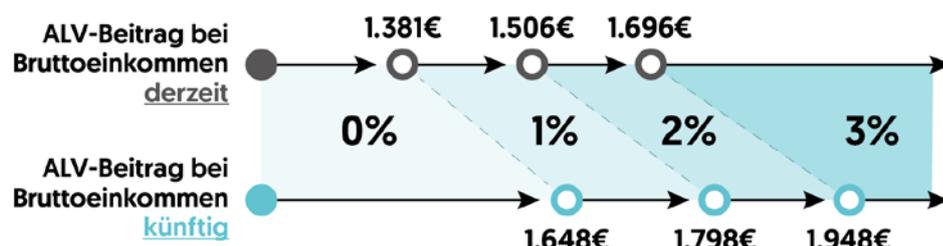
Im Rahmen des Paketes werden auch wichtige Maßnahmen gesetzt, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu stärken. Neben der Bekämpfung des Fachkräftemangels wird auch ein Bürokratieabbau für Unternehmen – insbesondere für KMUs – umgesetzt. Künftig benötigen Betriebe bis zu 600m<sup>2</sup> keine Betriebsanlagengenehmigung. Bis jetzt galt die Genehmigungspflicht ab 200m<sup>2</sup>.

# Bundesregierung sorgt für Entlastung: Niedrige Einkommen profitieren!

Ein zentrales Vorhaben der Bundesregierung ist es, die arbeitenden Menschen in unserem Land spürbar von Steuern und Abgaben zu entlasten. Weniger Steuern und Abgaben bedeuten mehr finanzielle Freiheit für den Einzelnen. Mit der Reduktion der Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden insbesondere kleine und mittlere Einkommen entlastet.

Erst seit 100 Tagen im Amt und schon vieles für Österreich erreicht. Um das wichtigste Anliegen der Bundesregierung – arbeitende Menschen finanziell spürbar zu entlasten – zu verwirklichen, wird nun in einem ersten Schritt die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für niedrige Einkommen bis 1.948 Euro brutto umgesetzt. Davon profitieren 900.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihnen bleiben durchschnittlich 310 Euro mehr im Börserl.

„Der Schwerpunkt der Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Sebastian Kurz liegt klar auf der Arbeit für Aufschwung, Wachstum und Arbeitsplätze. Die ÖVP und damit der ÖAAB arbeiten dafür, dass es wieder möglich wird, sich durch eigene Arbeit etwas aufzubauen. Mit dem neuen Entlastungspaket ist ein erster Schritt in die angestrebte Richtung gelungen“, zeigt sich ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits erfreut.



Und auch die Entlastung im Tourismus durch die Senkung der Umsatzsteuer bei Übernachtungen von 13 auf 10 Prozent sieht der ÖAAB-Politiker positiv: „In vielen Regionen Österreichs ist der Tourismus Wachstums- und Jobmotor Nummer eins. Ungefähr 770.000 Menschen arbeiten in diesem Sektor. Und um diese Arbeitsplätze zu sichern und zu erhalten und um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es unabdingbar, steuerliche Entlastungsmaßnahmen für die Betriebe zu setzen.“

Durch die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags wird vor allem Personen mit niedrigem Einkommen künftig mehr von ihrem verdienten Geld bleiben, und die Reduktion der Umsatzsteuer auf Beherbergung stärkt den für unser Land so wichtigen Tourismussektor und sichert die damit verbundenen Arbeitsplätze. Damit wird den Menschen ein Stück finanzielle Freiheit zurückgegeben, und es werden auch zwei zentrale Wahlversprechen eingelöst.

## Maßnahmen im Detail:

- Die Sätze für den reduzierten Arbeitslosenversicherungsbeitrag (ALV) werden wie folgt angepasst:
  - » Statt wie bisher bis zu einem Bruttoeinkommen von 1.381 Euro ist künftig bis 1.648 Euro überhaupt kein ALV-Beitrag mehr zu bezahlen
  - » Bis 1.798 Euro brutto (statt wie bisher bis 1.506 Euro) fällt nur 1 Prozent ALV-Beitrag an
  - » Bis 1.948 Euro brutto (statt wie bisher bis 1.696 Euro) sind 2 Prozent als ALV-Beitrag zu bezahlen und erst darüber kommt der reguläre Satz von 3 Prozent zur Anwendung
- Mit der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags wird eine konkrete Entlastung für niedrige Einkommen bis 1.948 Euro brutto geschaffen.
- Damit werden bis zu 900.000 Österreicherinnen und Österreicher im Schnitt ca. 310 Euro pro Jahr mehr Geld in der Tasche haben.
- Die Senkung der Beiträge tritt bereits mit 01. Juli 2018 in Kraft.
- Das bedeutet in der Praxis: eine konkrete und spürbare Entlastung für die Menschen, denen dadurch mehr von ihrem Einkommen zum Leben bleibt.



# UNSER LAND IN **GUTER** HAND



Fraktion Christlicher  
GewerkschafterInnen  
in der



**GEWERKSCHAFT  
ÖFFENTLICHER  
DIENST**



göd.fcg



[www.goedfcg.at](http://www.goedfcg.at)



## Wirtschaft im Aufwind

# Der Öffentliche Dienst als Standortfaktor

**Als Garant für Stabilität und Sicherheit im Land ist Österreichs Öffentlicher Dienst ein unerlässlicher Partner für den attraktiven Wirtschaftsstandort Österreich. Damit das so bleibt, muss er entsprechend ausgestattet werden.**

Österreichs Wirtschaftsmotor brummt, auch im internationalen Vergleich steht unser Land top da. Das Institut für Höhere Studien (IHS) spricht von der stärksten Wachstumsphase seit Jahren, das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat für 2017 und 2018 ein jährliches Wachstum von 3,0 Prozent festgestellt beziehungsweise prognostiziert. Die erfreulichen Zahlen gehen, so das WIFO, Hand in Hand mit einer durchwegs zufriedenen Stimmung im Land, die sich international in guten Bewertungen renommierter Studien und Rankings widerspiegelt. Platz drei für den Faktor „Lebensqualität“<sup>1</sup> zeigt: Hier lebt und arbeitet man gerne. Auch beim „Global Peace Index“<sup>2</sup> erreicht Österreich Bronze (hinter Island und Dänemark), und immerhin Platz 13 von 155 Staaten nimmt unser Land im aktuellen „World Happiness Report“ ein<sup>3</sup>.

Die Bedeutung des öffentlichen Sektors für die Wirtschaft stellt IHS-Direktor, Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher, folgendermaßen dar: „Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit hängt sowohl von der Effizienz des privaten Sektors als auch von der Effizienz des öffentlichen Sektors ab, wobei die jeweiligen Beiträge komplementär sind; das heißt, ohne öffentlichen Sektor geht es nicht.“ Diese Tatsache wird auch in den verschiedenen Rankings zum Thema Wettbewerbsfähigkeit immer wieder hervorgehoben, wie etwa durch die Weltbank oder das Weltwirtschaftsforum. Auch



Foto: GÖD

„Ein starker Öffentlicher Dienst ist ein entscheidender Standortfaktor für die Wirtschaft“, betont GÖD-Vorsitzender Dr. Norbert Schnedl.

Dr. Margit Schratzenstaller-Altzinger, Stellvertretende Leiterin des WIFO, betont: „Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung sind bedeutende ‚weiche‘ Standortfaktoren, das bestätigen beispielsweise Unternehmensumfragen immer wieder.“<sup>4</sup>

Um den wirtschaftlichen Aufschwung auch für die nächsten Jahre zu sichern, müssen Lebensqualität, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit, Fairness und Transparenz erhalten bleiben. Wie dieses anspruchsvolle Unterfangen gelingen kann? Dazu GÖD-Vorsitzender Dr. Norbert Schnedl: „Die Aufrechterhaltung des sozialen Dialogs sowie ein starker Öffentlicher Dienst werden mit Sicherheit auch in Zukunft ein entscheidendes Kriterium dafür sein, dass Österreich als Wirtschaftsstandort so attraktiv bleibt wie bisher.“



**Reinhard Zimmermann**, Vorsitzender der GÖD-Polizeigewerkschaft

Österreich ist ein sicheres Land, unsere Polizistinnen und Polizisten sind hoch motiviert und gut ausgerüstet. Das Berufsbild des Polizisten hat sich jedoch in den letzten Jahren verändert. Eine Schärfung des Bewusstseins und die Hebung der Attraktivität des Berufes sind nötig.

**Paul Kimberger**, Vorsitzender der ARGE-Lehrer in der GÖD

Österreich gehört zu den erfolgreichsten, wohlhabendsten, sozialsten und sichersten Ländern dieser Erde. Das ist nicht das Verdienst einiger Wirtschaftskapitäne, sondern vielmehr Leistung und Können von Menschen, die in unseren Schulen ausgebildet wurden und werden.

**Herbert Bayer**, Vorsitzender der GÖD-Finanzgewerkschaft

Leistungen der Finanzverwaltung stärken das Vertrauen in den Staat. Durch unsere Tätigkeit ist die Gleich- und Rechtmäßigkeit der Besteuerung in Österreich sichergestellt, und es können Unternehmen und Privatpersonen Vertrauen in unseren Rechtsstaat haben.

**Gerhard Scheucher**, Vorsitzender der Bundesvertretung Justiz

Rechtssicherheit ist als Standortfaktor elementar. Die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger garantieren als selbstständige Entscheidungsträger der Justiz eine reibungslose und zeitnahe Bearbeitung.

**Reinhard Waldhör**, Vorsitzender der GÖD-Gesundheitsgewerkschaft

Das vielzitierte beste Gesundheitssystem der Welt wird von mehreren Säulen getragen. Unsere Kolleginnen und Kollegen in mehr als fünfzig verschiedenen Berufsfeldern sind dabei die Garanten für Qualität.

<sup>1</sup> World Competitiveness Yearbook 2017 (IMD).

<sup>2</sup> Global Peace Index 2016 (Institute for Economics and Peace).

<sup>3</sup> World Happiness Report 2017, John Helliwell, Richard Layard, Jeffrey Sachs.

<sup>4</sup> Kommentar, „Kleine Zeitung“, 6. 12. 2017.

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

## Ernst Gödl



Foto: privat

Gödl mit mexikanischen Bekannten in Graz

### freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Natürlich fühlt man sich mit jenem Ort besonders verbunden, an dem man geboren wurde und aufgewachsen ist. Ich komme aus einem kleinen Dorf mit etwa 200 Einwohnern und kenne da seit meiner Kindheit jeden Winkel. Für mich also ein ganz besonderer Ort, an dem ich noch immer sehr gerne wohne und mit meiner Familie auch in Zukunft leben möchte.

Ein ebenso besonderer Ort ist für mich auch die nahegelegene Stadt Graz mit dem Highlight Schlossberg und dem

**Ernst Gödl war von 2014 bis 2017 für den Steiermärkischen Landtag im Bundesrat tätig – ab 2015 sogar als dessen Vizepräsident. Mit der Nationalratswahl 2017 hat Gödl über die Liste Graz-Umgebung den Einzug in den Nationalrat geschafft. Nun fragen wir den steirischen ÖVP-Politiker nach seinen Lieblingsorten:**

Wahrzeichen Uhrturm. Graz besticht durch seine malerische Altstadt und mit dem schon etwas südeuropäischen Flair, das man in der City spüren kann. Und auch die Moderne kommt nicht zu kurz, wenn man etwa an das Kunsthaus an der Mur denkt.

### freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

Mit der Stadt Graz verbinde ich wichtige Jahre meiner Jugend; dort bin ich acht Jahre zur Schule gegangen und war auch sieben Jahre in einem Internat. Daher sammelte ich natürlich viele Eindrücke und Erfahrungen, die mir in sehr guter Erinnerung geblieben sind.

Insidertipp: Der Schlossberg – eine Oase der Ruhe, erhaben über den Dächern der malerischen Altstadt. Wunderbarer Ausblick, vor allem zu nächtlicher Stunde; beliebter Ort für (frisch) Verliebte. Einen Aperol-Spritzer an einem lauen

Sommerabend auf der Terrasse des Lokals „Aiola upstairs“ – das kann was.

### freiheit: Was ist denn Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Meine ganz große Liebe ist Mexiko. Im Alter von 18 Jahren habe ich dort ein Jahr lang gelebt, und zwar in der Stadt Oaxaca im Süden Mexikos. Dieses wunderbare Land mit einer derart vielseitigen Kultur ist meine zweite Heimat geworden.



Foto: privat

Mexiko ist die „zweite Heimat“ von Ernst Gödl.

## FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

### Clearingstelle im Parlament

Auch im Parlament gibt es nun eine Clearingstelle mit einem Beratungsangebot für Frauen und Männer in Fragen der sexuellen Belästigung und des Machtmissbrauchs. Die Clearingstelle unterstützt rasch, niedrigschwellig und vertraulich bei der Klärung von irritierenden Situationen und bietet entsprechende Informationen sowie psychologische Beratung an. Diese Stelle steht Frauen und Männern zur Verfügung, denen unerwünschtes Verhalten wi-

derfahren ist. Dazu zählt jede Form von sexualisiertem und nichtsexualisiertem Fehlverhalten wie auch Machtmissbrauch.

Die Leistungen der Clearingstelle reichen von einer telefonischen Auskunft über allgemeine Informationen bis hin zur persönlichen Beratung.

Das Angebot richtet sich an alle Abgeordneten des Nationalrates, Mitglieder des Bundesrates, an Be-

dienstete der Klubs sowie an die parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Für die Konzeption und die Leitung in der halbjährigen Pilotphase konnte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka die Psychotherapeutin und renommierte Machterperten Christine Bauer-Jelinek gewinnen. Nach dieser Pilotphase soll die Clearingstelle mit September 2018 in Vollbetrieb gehen.

# Splitter aus dem Parlament



Foto: Abg. Diesner-Wais

Die ÖVP-Bundesratsfraktion zu Besuch bei Bundeskanzler Sebastian Kurz im Bundeskanzleramt

## Bundesratsfraktionssitzung mit Sebastian Kurz

Zu einer Fraktionssitzung lud Bundeskanzler Sebastian Kurz Mitte März die ÖVP-Bundesrätinnen und Bundesräte in die Räumlichkeiten des Bundeskanzleramts ein. Daraus entwickelte sich ein reger Informations- und Gedankenaustausch über die aktuellen politischen Themen, etwa über die Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs im zweiten Halbjahr 2018. Mit dabei Fraktionsvorsitzender Edgar Mayer und Klubobmann August Wöginger.

## Benefiz-Suppenessen

Seit bereits 60 Jahren unterstützt die Katholische Frauenbewegung

Österreichs (KFBÖ) mit dem Benefiz-Suppenessen Projekte in aller Welt. Diese Benefizveranstaltung fand anlässlich des „Familienfasttags 2018“ im Ausweichquartier des Parlaments in der Hofburg statt. Viele nahmen die Gelegenheit wahr, unter ihnen Kardinal Christoph Schönborn und der Apostolische Nuntius Stephan Zurbriggen. Die Spenden gingen heuer an die kolumbianische Partnerorganisation der Katholischen Frauenbewegung „Vamos Mujer“.

## Wählen mit 16 hat sich bewährt

Das politische Interesse der „Erstwähler“ ist laut einer Studie der Uni Wien ungebrochen. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bezeichnete die Wahlaltersenkung im Parlament daher als „Erfolgsgeschichte“. Seit 2007 dürfen in Österreich Jugendliche ab 16 wählen. Sobotka kündigte außerdem an, mit der „Demokratiewerkstatt“ des Parlaments künftig stärker „in die Regionen“ zu gehen, um noch mehr Schüler erreichen zu können. Wesentlich für das politische Interesse der Jugendlichen ist ein politisch interessiertes Elternhaus, danach folgen schulische Aktivitäten. Die Demokratiewerkstatt soll Schülerinnen und

Schüler mit Demokratie und Parlament vertraut machen und begrüßte kürzlich ihren hunderttausendsten Besucher.

## Der Bundesrat nach den NÖ-Wahlen

Bekannte und neue Gesichter gibt es bei den sieben niederösterreichischen ÖVP-Bundesräten nach den



Foto: ÖVP-Parlamentsklub

Sandra Kern (li.) und Karl Bader (re.) verstärken als Bundesräte die Arbeitsgemeinschaft des ÖAAB.



Foto: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

Benefizsuppenessen im Rahmen der Aktion Familienfasttag; von links: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Welt der Frauen-Chefredakteurin Christine Haiden, Doris Schmidauer, Ana María Berrio Ramírez und Melissa Villegas („Vamos Mujer“), Margit Fischer, Kardinal Christoph Schönborn

erfolgreichen Wahlen in NÖ. Sandra Kern, Eduard Köck, Martin Preineder und Sonja Zwazl haben schon langjährige Bundesratserfahrung. Karl Bader zieht nach einer Unterbrechung nun wieder in die Länderkammer ein. Andrea Wagner und Marlene Zeidler-Beck sind neu im Team. Karl Bader und Sandra Kern verstärken dabei die Arbeitsgemeinschaft des ÖAAB.

# Das Gedenkjahr 2018

Das Jahr 2018 steht im Zeichen zahlreicher Gedenk- und Jahrestage. So markiert die Jahreszahl 1918 das Ende des Ersten Weltkriegs und die Geburtsstunde der Republik, 1938 den Beginn des Naziregimes in Österreich. Die Erinnerung an das Jahr 1938 wird heuer ganz besonders wach gehalten – mit vielen Veranstaltungen, die zu einem Teil auch in den Räumlichkeiten des Parlaments stattfinden.



Foto: ÖVP/Jakob Glaser

Zu einem Gedenkkakt lud Bundespräsident Alexander Van der Bellen anlässlich des deutschen Einmarsches in Österreich 1938 und dem darauf folgenden „Anschluss“ an Nazi-Deutschland in die Hofburg ein.

In der zweiten Hälfte des heurigen Jahres übernimmt Österreich den Ratsvorsitz in der Europäischen Union. Für ÖVP-Klubobmann August Wöginger ist Gedenken ein wichtiger Teil der Aufarbeitung der Geschehnisse, die unser Land für immer verändert haben: „Es ist uns ein Anliegen, das Gedenkjahr 2018 zu nutzen, um jene furchtbaren Ereignisse in Erinnerung zu rufen, die historisch der europäischen Einigung vorausgingen. Als Abgeordnete des Hohen Hauses sind wir uns der Verantwortung, welche unsere Geschichte mit sich bringt, sehr bewusst. Es muss daher unser aller Ziel sein, sicherzustellen, dass das dunkelste Kapitel unserer Geschichte nicht in Vergessenheit gerät und auch nachfolgende

Generationen für die Gräueltaten des NS-Regimes sensibilisiert werden.“

## Internationaler Holocaust-Gedenktag

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages fand am 25. Jänner 2018 im Palais Epstein eine Gedenkveranstaltung in Anwesenheit der Staatsspitze statt. Gespräche mit Zeitzeugen und Überlebenden waren beklemmender, beeindruckender Teil des Programmablaufes. Im Jahr 2018 jährt sich die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau zum 73. Mal. „Wir dürfen nicht zulassen, dass die grauenhaften Taten während der Zeit des Nationalsozialismus in Vergessenheit geraten, und müssen auch kommende

Generationen für das dunkelste Kapitel unserer Geschichte sensibilisieren. Das ist kein Vorhaben, es ist schlichtweg unsere Verantwortung. Niemals vergessen“, so Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka zur Intention der Veranstaltung. Das Zeitzeugengespräch wurde von der Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Danielle Spera, geleitet. Für die musikalische Umrahmung sorgten junge Musiker der Universität für Musik und angewandte Kunst Wien mit Musik von verfemten und vergessenen Komponisten.

## Gedenktag zum Ende der parlamentarischen Demokratie

Mit einer Gedenkveranstaltung am 5. März 2018 in der Hofburg gedachte das Parlament der Ereignisse des Jahres 1933, die damals zum Ende der parlamentarischen Demokratie geführt hatten. Am 4. März 1933 trat nach einer Abstimmungsstunde und einem Geschäftsordnungs-Streit das gesamte Nationalratspräsidium zurück. Das Parlament war damit kurzfristig handlungsunfähig. Als die Sitzung am 15. März fortgesetzt werden sollte, ließ die Regierung von Bundeskanzler Dollfuß das Zusammentreten der Abgeordneten durch die Polizei verhindern. Die parlamentarische De-

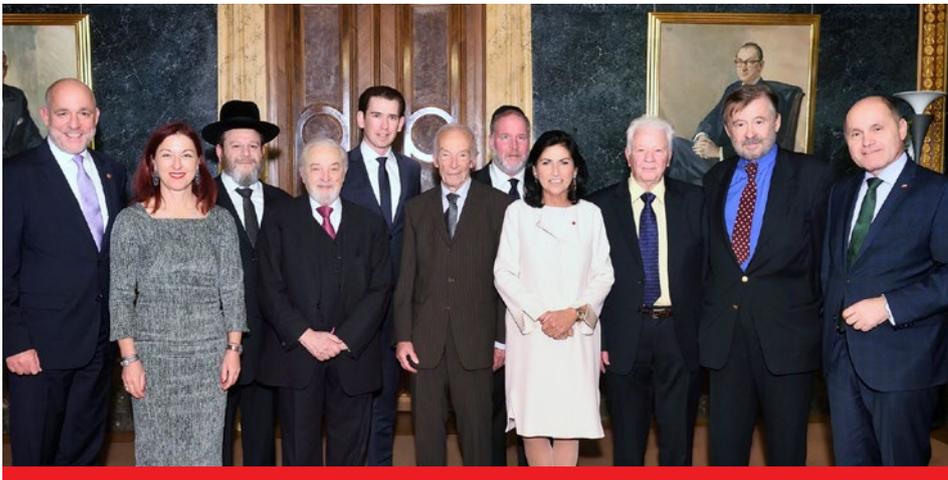


Foto: Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages fand in Anwesenheit der Staatsspitze eine Gedenkveranstaltung mit Zeitzeugen und Überlebenden statt.

mokratie in Österreich war damit Geschichte. Erst 1945 gab es wieder ein frei gewähltes Parlament. Sobotka sprach bei der Gedenkveranstaltung von einem entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Republik. „Es war jener Tag, an dem der damals noch jungen und fragilen Demokratie unseres Landes die Lichter abgedreht wurden und der Dunkelheit eines autoritär agierenden Ständestaates Raum gelassen wurde.“ Geschehen

einem Mangel an Respekt gewesen, so Sobotka; gegenüber politisch Andersdenkenden, den demokratischen Institutionen, aber auch dieser Institutionen sich selbst gegenüber.

Das Hohe Haus müsse täglich mit gutem Beispiel vorangehen, denn „eine starke Demokratie braucht einen starken Parlamentarismus“. Dies sei eine der Voraussetzungen, damit politische Konflikte nicht auf der Straße



„Die parlamentarische Demokratie beginnt und lebt durch den Respekt, den wir voreinander haben“, so NR-Präsident Wolfgang Sobotka anlässlich der Gedenkveranstaltung zum Ende der parlamentarischen Demokratie 1933.

sei dies in einem nicht nur österreichischen, sondern europäischen Klima des antidemokratischen und autoritären Denkens. Geprägt sei dieses von

ausgetragen würden. Sobotka: „Bekennen wir uns also mit Stolz zu unserer starken gelebten Demokratie. Sie ist Grundlage unserer Freiheit.“

### 80. Jahrestag des 12. März 1938

Eine Gedenkveranstaltung am 12. März 2018 war dem Anschluss Österreichs an Nazideutschland gewidmet. Am 11. März 1938 konnte Österreich dem Druck der deutschen Nationalsozialisten nicht mehr standhalten und musste eine für den 13. März anberaumte Volksabstimmung absagen. Der amtierende Bundeskanzler Kurt Schuschnigg schließt das Kapitel der Ersten Republik in seiner Radioansprache mit den legendären Worten: „Gott schütze Österreich“. Am Tag darauf marschierte Adolf Hitler ein und es begann eine mehr als siebenjährige Leidensgeschichte.

### Errichtung einer Namens-Gedenkmauer

Der Ministerrat hat am 14. März 2018 die Unterstützung für den Bau einer Namensmauer in Wien als individuelle, namentliche Erinnerung an die über 66.000 ermordeten Jüdinnen und Juden aus Österreich beschlossen. Aufstellungsort wird möglicherweise der Schmerlingplatz an der Seite des Parlaments werden. „Den Jüdinnen und Juden, die dem NS-Terrorregime zum Opfer gefallen sind, wollen wir ein bleibendes Zeichen der Erinnerung setzen. Sie sind keine anonyme Menge, sondern Individuen mit persönlicher Geschichte“, so Bundeskanzler Sebastian Kurz.

## Veranstaltungen zum Gedenkjahr 2018:

(kein Anspruch auf Vollständigkeit)

25. Jänner 2018	Gedenken anlässlich des internationalen Holocaust-Gedenktages
05. März 2018	Veranstaltung anlässlich der „Ausschaltung des Parlaments“
12. März 2018	Veranstaltung anlässlich des sogenannten „Anschlusses“
04. Mai 2018	Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
26. Oktober 2018	Tag der offenen Tür im Parlament und Veranstaltung zur Gründung der Republik
09. November 2018	Veranstaltung im Gedenken an die November-Pogrome in der Nacht vom 9. auf 10. November 1938
12. November 2018	Staatsakt in der Staatsoper anlässlich des 100. Geburtstages der Republik

# ÖAAB unterwegs



Foto: ÖAAB

## Weichenstellung im OÖAAB

Bei einer Arbeitsklausur des ÖAAB Oberösterreich mit den Spitzenfunktionären, den Abgeordneten, Arbeiterkammerräten und Bezirksobleuten wurden Mitte März die inhaltlichen und organisatorischen Schwerpunkte für das laufende Jahr 2018 diskutiert und erste Vorbereitungen für die im Frühjahr 2019 anstehenden Arbeiterkammerwahlen getroffen. Besonders der Familienbonus Plus und die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge standen im Fokus der angeregten Diskussion. Im Bild (v.l.n.r.): AK-Vizepräsident Helmut Feilmair, ÖAAB-Bundesobmann LO August Wöginger, LR Christine Haberlander, LH Thomas Stelzer und OÖVP-LGF Wolfgang Hattmannsdorfer



Foto: ÖAAB

## Dank für den täglichen Einsatz

Im Hotel Schlosspark Mauerbach traf ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits Mitte Februar zahlreiche engagierte Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter des Landesorganisationsausschusses des Öffentlichen Dienstes im NÖAAB und GÖD-NÖ/FCG. Im Mittelpunkt standen der gemeinsame Austausch und die künftige Zusammenarbeit. Ein besonderes Anliegen war es dem Generalsekretär, sich für den täglichen Einsatz der Kollegenschaft zu bedanken. Im Bild (v.l.n.r.): Präsidiumsmitglied GÖD-NÖ Wilhelm Waldner, Vorsitzender NÖ Landeslehrer Helmut Ertl, Vorsitzende der GÖD-NÖ Frauen Josefa Pointner, ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits, Landesvorsitzender der NÖ-FCG Alfred Schöls, NÖAAB-Landesgeschäftsführerin Sandra Kern, Vorsitzender Personalvertretung Polizei NÖ Johannes Luef und Landessekretär GÖD-NÖ Harald Sterle



Foto: ÖVP-Parlamentsklub

## Besuch in Berlin

ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger besuchte mit einer Delegation rund um den Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka Ende Februar den Deutschen Bundestag in Berlin. Neben einer Hintergrundführung im Bundestag stand der konstruktive Austausch mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder im Mittelpunkt des Besuches. Ein besonderes Highlight war für den Bundesobmann (re.) das persönliche Gespräch mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (li.).



Foto: ÖVP-Parlamentsklub

## Für das Rote Kreuz im Einsatz

Einen besonderen Besuch konnte ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger im Februar empfangen. Der Betriebsrat vom Roten Kreuz-Oberösterreich stattete seinem ehemaligen Betriebsrat einen Besuch ab. Nach einer Führung durch den ÖVP-Parlamentsklub, wurden die Mitglieder durch die Hofburg geführt. Diesmal sei er für das Rote Kreuz im Einsatz, so der Bundesobmann anlässlich dieses vergnüglichen Nachmittags mit seinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen. Im Bild: ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger mit dem Betriebsrat des Oberösterreichischen Roten Kreuzes.



Foto: ÖAAB

### Politik für die Menschen

Bei der NÖAAB-Betriebsgruppenversammlung der EVN in St. Pölten traf ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits ca. 200 Kolleginnen und Kollegen aus dem Energiebereich. Im Mittelpunkt seines politischen Referates standen aktuelle Themen wie der Familienbonus und die Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Generalsekretär gab auch einen kurzen Einblick in die weiteren Vorhaben der Bundesregierung und des ÖAAB. Im Bild: ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits bei seinem politischen Referat.



Foto: ÖAAB

### ÖAAB „vergoldet“ Sepp Pühringer

In all seinen Spitzenfunktionen hat sich der ehemalige oberösterreichische Landeshauptmann Josef Pühringer zum ÖAAB bekannt und ihn immer unterstützt. Dafür hat ÖAAB-Bundesobmann und Landesobmann August Wöginger ihm das Goldene Ehrenzeichen verliehen. „Sepp Pühringer hat sich diese nur wenigen Spitzenfunktionären vorbehalten höchste Auszeichnung des ÖAAB mehr als verdient“, so August Wöginger. „Als Arbeitnehmer in der Volkspartei sind wir ihm zu echtem Dank verpflichtet!“ Josef Pühringer ist dem ÖAAB vor 48 Jahren, im Oktober 1970, beigetreten und ihm bis heute treu geblieben. Im Bild (v.l.n.r.): OÖVP-LGF Wolfgang Hattmannsdorfer, ÖAAB-Bundesobmann LO August Wöginger, Landeshauptmann a.D. Josef Pühringer, LR Christine Haberlander und Landessekretär Wolfgang Brandstätter.

## Johannes Mezgolits ist neuer Landesgeschäftsführer im Burgenland

Johannes Mezgolits, Bürgermeister aus Donnerskirchen, übernimmt die Agenden des Landesgeschäftsführers im ÖAAB Burgenland. Der 39-Jährige freut sich auf seine Aufgabe und stellt den direkten Kontakt in den Vordergrund: „Ich weiß, wie wichtig es ist, auf Menschen offen zuzugehen, Vertrauen aufzubauen und ordentliche Arbeitnehmerpolitik zu betreiben. Bei einer geplanten Bezirkstour besuchen wir die fleißigen burgenländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Betriebe direkt vor Ort, um alles, was unter den Nägeln brennt, zu diskutieren.“ Erste politische Erfahrungen konnte Mezgolits bereits am Anfang seiner beruflichen Laufbahn vor ca. 21 Jahren als Maschinenbau-Absolvent im Magna Engineering Center sammeln. Als Werkzeugmacher und Belegschaftsvertreter durfte er sich für die Arbeiterschaft einsetzen und schuf so das Fundament für seine heutige politische Tätigkeit.



Foto: privat



**Für ein gutes Leben!**



**Die klassische Rentenversicherung**

- > Wer benötigt ein lebenslanges Zusatzeinkommen?
- > Wir wandeln Ihr Kapital in eine lebenslange Rente um.
- > Mit einer Rentenversicherung wird ein langes Leben nicht zum finanziellen Risiko.
- > Fragen Sie uns: Tel. 059 808 | [www.oebv.com](http://www.oebv.com)

Informationen zu diesem Produkt finden Sie im Basisinformationsblatt unter [www.oebv.com/web/bib.html](http://www.oebv.com/web/bib.html)

Damit es später nicht heißt:  
„Mein Geld ist schon weg, aber ich bin noch da.“

# Familienbonus Plus: Größte steuerliche Entlastung für Familien aller Zeiten.

Die neue Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40 Prozent zu senken, damit den Menschen mehr Netto vom Brutto bleibt. Als einer der ersten Schritte in einem groß angelegten Entlastungspaket, wird der „Familienbonus Plus“ umgesetzt. Nicht weniger als 950.000 Familien mit 1,6 Mio. Kindern, primär mit kleinen und mittleren Einkommen, werden ab 2019 von einer Steuerlast von bis zu 1,5 Milliarden Euro befreit.

Ganz bewusst wurden beim Familienbonus auch Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher berücksichtigt: Geringverdiener werden von einer Erhöhung des Alleinerzieher- bzw. Alleinverdienerabsetzbetrags profitieren. Auch für volljährige Kinder, für die Familienbeihilfe bezogen wird, besteht Anspruch auf den Familienbonus – in diesem Fall kann ein Absetzbetrag von 500 Euro geltend gemacht werden. Der Familienbonus hat die 5-fache Wirkung des derzeitigen Kinderfreibetrags, der künftig entfällt. Der Kinderabsetzbetrag, der auch für geringe, nicht-lohnsteuerpflichtige Einkommen wirksam wird, bleibt weiterhin bestehen.



## Beispiele

Familie, 1 Kind, mit Einzeleinkommen von 1.500 Euro – hier entfällt die Steuerlast zu 100 % – das entspricht einer Entlastung von 1.022 Euro pro Jahr.

Familie, 2 Kinder, mit Einzeleinkommen von 2.000 Euro – hier entfällt die Steuerlast zu 100 % – das entspricht einer Entlastung von 2.261 Euro pro Jahr.

Familie, 3 Kinder, mit Einzeleinkommen von 2.500 Euro – hier entfällt die Steuerlast zu 100 % – das entspricht einer Entlastung von 3.980 Euro pro Jahr.



Foto: shutterstock

## Die wichtigsten Informationen zum Familienbonus Plus zusammengefasst:

1. Mit dem Familienbonus erhalten Familien ab 2019 einen Steuerbonus in Höhe von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr.
2. Das bedeutet für eine Familie mit einem Kind, in der ein Elternteil monatlich 1.750 Euro brutto verdient, dass gar keine Steuern mehr gezahlt werden.
3. Nicht weniger als 950.000 Familien und rund 1,6 Mio. Kinder werden künftig von dieser Entlastung profitieren.
4. Der Familienbonus vermindert direkt die zu zahlende Steuerlast und hat damit die 5-fache Wirkung des Kinderfreibetrags.
5. Darüber hinaus werden auch nichtsteuerzahlende Alleinerzieher und Familien mit Kindern über 18 Jahren, die Familienbeihilfe beziehen, davon profitieren.

**„Mit dem Familienbonus Plus haben wir die größte familienpolitische Entlastung aller Zeiten geschaffen. Weg von der Förderungslogik und den bürokratischen Nachweisen, hin zu einem individuellen Freiraum und einer ehrlichen Steuerentlastung für die Fleißigen in diesem Land. Wer arbeitet, soll wieder mehr zum Leben haben. Mit dem Familienbonus Plus können wir 950.000 Familien mit 1,6 Millionen Kindern massiv entlasten.“**

Christoph Zarits August Wöginger  
ÖAAB-Generalsekretär ÖAAB-Bundesobmann

Foto: Katharina Schiffl

